

Verbundprojekt im Rahmen der BMBF-Förderlinie „Teilhabe und Gemeinwohl“

Städtische Ko-Produktion von Teilhabe und Gemeinwohl: Aushandlungsprozesse zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und städtischen Verwaltungen



Laufzeit: 01/2020 – 12/2022

Verbundkoordinatorin:

Dr. phil. Dipl.-Ing. Laura Calbet, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)
Abteilung Regenerierung von Städten, seit September 2020:

Prof. Dr. Dipl.-Ing. Laura Calbet, Fachgebiet Theorie und Methoden der Stadtplanung,
Städtebau-Institut, Universität Stuttgart

laura.calbet-elias@si.uni-stuttgart.de

Ko-Projektleiterin:

Dr. phil. Lisa Vollmer, Bauhaus-Universität Weimar

Belvedere Allee 5, 99425 Weimar, lisa.vollmer@uni-weimar.de

Zivilgesellschaftliche Akteure fordern zunehmend Einfluss in der Ausgestaltung gesellschaftlicher Teilhabe. Dazu kooperieren sie vermehrt mit kommunalen Akteuren, um materielle, politische und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Durch diese neuen Kooperationen werden neue Verständnisse von Teilhabe und Gemeinwohl koproduziert. Das Forschungsprojekt untersucht diese Aushandlungsprozesse anhand dreier Themenfelder (Wohnen, Migration und Umwelt) in Berlin. Zur Untersuchung wurden drei Fallstudien ausgewählt, bei denen bereits kooperative Prozesse zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und kommunalen (bzw. Landes-) Verwaltungen stattfinden. Für jede Fallstudie ist jeweils ein Partner aus Zivilgesellschaft und aus Verwaltung in die Konzeption und Durchführung des Projektes einbezogen. Fallbeispiele aus der Stadt Barcelona, die als Referenzstadt dient, werden begleitend untersucht.

Das wissenschaftliche Ziel des Forschungsprojektes ist es herauszufinden, ob sich in diesen Kooperationsprozessen ein neues Governancemuster, d. h. ein neuer Umgang städtischer Verwaltungen mit zivilgesellschaftlichen Teilhabeforderungen, abzeichnet. Damit trägt das Forschungsprojekt zur Fragestellung der Ausschreibung bei, ob und wie es in sich dynamisch wandelnden Gesellschaften gelingen kann Legitimität für soziale, politische und ökonomische Ordnungen herzustellen. Auf praktischer Ebene hat das Projekt die Unterstützung, Begleitung und Intensivierung von Kooperationsprozessen in den drei Themenfeldern sowie ihre wissenschaftliche Aufbereitung und Reflexion zum Ziel. Die durch das Projekt angestoßene Reflexion der Praxispartner wird in drei feldspezifischen Handlungsleitfäden und einem übergreifenden Handlungsleitfaden zu Chancen und Risiken in Kooperationsprozessen verwertet.

Forschungsstand

Als gesellschaftliche Teilhabe gilt die Summe der Bedingungen, die Individuen die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft und ihre individuelle Entfaltung darin ermöglichen. Teilhabe an Gesellschaft realisiert sich in materieller, politischer und kultureller Hinsicht: „Dabei bemisst sich materielle Teilhabe an einem gesellschaftlich allgemein als angemessenen geltenden Lebensstandard, politisch-institutionelle Teilhabe an Statusgleichheit zu Rechten und Institutionen sowie deren Nutzung, und kulturelle Teilhabe an den Möglichkeiten zur Realisierung individuell und gesellschaftlich anerkannter Ziele der Lebensführung“ (Kronauer 2010: 146). Wenn eine oder mehrere Dimensionen von Teilhabe nicht gegeben sind, leidet die gesellschaftliche Zugehörigkeit und ab einem bestimmten Ausmaß auch der gesellschaftliche Zusammenhalt. Im Kontext gesellschaftlichen Wandels verändern sich sowohl die Teilhabebedingungen als auch die -ansprüche. In diesem Rahmen sind es häufig zivilgesellschaftliche Akteure, die auf Basis ihrer Gemeinwohlvorstellungen neue

Teilhabeforderungen stellen. Sie adressieren damit staatliche Institutionen und fordern zu deren Ausgestaltung und Implementierung zivilgesellschaftliche Beteiligung ein.

Das Gemeinwohl ist der ethische Maßstab öffentlichen Handelns, „der Legitimationsgrund der Staatlichkeit“ (Isensee 2006). Zugleich ist die Definition dessen, was als Gemeinwohl gilt, Ergebnis eines fortlaufenden Aushandlungsprozesses (Mayntz 1992: 32). In West-Deutschland mündete dieser Aushandlungsprozess nach dem zweiten Weltkrieg in der Etablierung eines korporatistisch-konservativen Wohlfahrtsregimes, dass in der Wohlfahrtsstaatsforschung von liberalen und sozialdemokratischen Regimen unterschieden wird (Esping-Andersen 1990, Lessenich/Ostner 1998). Die Ausgestaltung der Bedingungen gesellschaftlicher Teilhabe wurde im korporatistischen Modell in festgelegten Aushandlungsprozessen zwischen definierten Interessengruppen bzw. ihren Vertretungen und staatlichen Institutionen vereinbart. Ab den 1980er Jahren wurde die staatlich und korporatistisch organisierte Daseinsvorsorge rück- und umgebaut. Darüber verlor der Staat teilweise auch die Definitionshoheit über das Gemeinwohl: „Im Zuge der Debatten um die Krise des Sozialstaates, um die Bestandsvoraussetzungen der Demokratie und die Frage, wie eine politische Steuerung überhaupt noch möglich ist, verlor der Staat gegenüber der Gesellschaft zunehmend das Deutungsmonopol über die Frage, was als Gemeinwohl zu gelten hat“ (Adloff 2005: 76). Im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung der staatlichen Institutionen und der Ausrichtung der Politik auf marktwirtschaftliche Logiken (Streeck 2013), gewannen zunehmend marktwirtschaftliche Akteure an Einfluss auf die Gemeinwohldefinition (Butterwegge 1999). Zugleich nahm die soziale Ungleichheit zu, während nicht nur die materielle, sondern auch die politische Teilhabe der Bürger durch diese Entwicklung verringert wurde (Nachtwey 2016). Mit der Krise des korporatistischen Wohlfahrtsstaates gerieten auch die eingespielten Aushandlungsmodi in die Krise. Zivilgesellschaftliche Akteure geraten dadurch in einer zwiespältigen Rolle: Zum einem werden ihnen durch die gewandelte Rolle des Staates immer mehr Aufgaben übertragen und sie müssen sich in ihrer sozialpartnerschaftlichen Rolle immer mehr der Organisations- und Handlungsweise marktwirtschaftlicher Akteure angleichen, da sie mit diesen um die Übernahme von Aufgaben zur Teilhabeerfüllung konkurrieren (Zimmer 2019). Zum anderen treten durch diese Entwicklung vermehrt zivilgesellschaftliche Akteure auf, die im Gemeinwesen tätig sind, die aber zugleich Kritik an wachsenden Ungleichheiten in neue Teilhabeforderungen kanalisieren (Hildebrandt 2015). Gleichwohl streben diese Akteure danach, ihre Vorstellungen von Teilhabe durch Kooperationen mit den etablierten Institutionen der Daseinsvorsorge und darin insbesondere mit ausführenden Verwaltungen umzusetzen. Sie können dabei auf soziale Bewegungen aufbauen, die im öffentlichen Diskurs an Prägekraft gewonnen haben.

Erhöht sich die Pluralität der Akteure, müssen neue Verfahren gefunden werden, die zwischen den Positionen vermitteln und die Ansprüche zu einer Gemeinwohlvorstellung verdichten

(Schuppert 2002: 73f). Gemeinwohl und Teilhabe sind aufs Engste miteinander verknüpft. Gelingt der Zugang zur Teilhabe nicht, leidet die Legitimität der Institutionen und Akteure, die für die Ausfüllung des Gemeinwohls verantwortlich sind bzw. gemacht werden. Dieses Forschungsvorhaben untersucht Verfahren der Aushandlung von neuen Verständnissen von Teilhabe und Gemeinwohl, noch bevor sie formalisiert in staatliches Handeln überführt werden.

Neue Akteurskonstellationen

Gegenstand des Forschungsprojektes sind Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen und den Verwaltungen, die als klassischen Akteuren der Daseinsvorsorge gelten. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen in diesen Kooperationen beanspruchen dem Gemeinwohl zu dienen, und fordern zugleich vom staatlichen Handeln, die Teilhabebedingungen an neue gesellschaftliche Problemwahrnehmungen anzupassen. Damit stellen sie die Gemeinwohlerfüllung des staatlichen Handelns in Frage. Die Akteurskonstellationen sollen in drei Politikfeldern untersucht werden – Wohnen, Migration und Umwelt – die unterschiedlich im System der Daseinsvorsorge verankert sind. Zu untersuchen ist, inwiefern es sich um gänzlich neue Konstellationen handelt oder inwiefern diese Konstellationen eine Weiterentwicklung des spezifisch deutschen korporatistischen Sozialstaats darstellen. Des Weiteren gilt es zu analysieren, wie diese Akteure mit der Doppelrolle zwischen Gesellschaftskritik und Übernahme staatlicher Vorsorge in den Kooperationsprozessen umgehen.

Neue Aushandlungsprozesse auf der kommunalen Ebene

Insbesondere auf kommunaler Ebene sind kooperative Verfahren zwischen neuen zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen der Daseinsvorsorge zu beobachten, die Politiken, die Teilhabe gewährleisten sollen, aushandeln und implementieren (Jessop 2011: 49f). Es entstehen neue Governanceformen, die im Prozess neue Verständnisse von Teilhabe und Gemeinwohl koproduzieren. Die städtische Ebene bietet sich dafür besonders an, denn hier müssen staatliche Verteilungsinstitutionen unmittelbar zwischen gesamtgesellschaftlichen Problemlagen und den Ansprüchen der Bürger_innen vermitteln. Die sich wandelnden Aushandlungsprozesse sind Gegenstand dieses Forschungsvorhabens.

Legitimation

Neue Formen der Governance von Teilhabe erfordern neue Legitimationsgrundlagen. Die Einbeziehung nicht-staatlicher Akteure führt jedoch keineswegs automatisch zu einem Demokratie- und Legitimitätsgewinn (Demirović 2011). Die Frage, wer sich an solchen Governancekonstellationen beteiligt und wer nicht, trägt wesentlich zu deren Legitimität bei. Die Legitimierung von Teilhabeforderungen aus der Zivilgesellschaft und von staatlichem Handeln sind Gegenstand dieses Forschungsvorhabens. Denn durch neue

Teilhabeforderungen und Kooperationsformen entstehen Potenziale den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und neue, legitimierte Gemeinwohlvorstellungen zu schaffen.

Fragestellungen

Die Forschungsfragen des Projektes knüpfen an die identifizierten Problemstellungen an:

1. Welche (neuen) Akteurskonstellationen sind in Kooperations- und Aushandlungsprozessen um Teilhabeforderungen auf städtischer Ebene zu beobachten? Wie stehen sie im Verhältnis zueinander und welche Konfliktlinien ergeben sich daraus? Inwieweit unterscheiden sie sich von klassisch korporatistischen Akteurskonstellationen? Wie sind die zivilgesellschaftlichen und die administrativen Akteure in ihren jeweiligen Feldern zu verorten und welche anderen Positionierungen und Widersprüche werden artikuliert?
2. Wie gestalten sich Kooperations- und Aushandlungsprozesse? Wie und welche Teilhabeforderungen werden artikuliert? Werden materielle, kulturelle und/oder politische Teilhabeforderungen gestellt? Zu welchen Ergebnissen führen die neuen Governanceprozesse?
3. Welche Gemeinwohlbezüge werden dabei artikuliert? Vertreter_innen welcher gesellschaftlichen Schichten sind in den Prozessen beteiligt und Gemeinwohlvorstellungen welcher Schichten werden (auch stellvertretend) artikuliert? Welche Legitimationsnarrative nutzen die beteiligten Akteure? Welche zweifeln sie an? Ist eine Koproduktion von Gemeinwohl- und Teilhabevorstellungen zu beobachten?

Methodischer Ansatz

Das Forschungsprojekt zeichnet sich durch (a) die Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis und (b) den vergleichenden Ansatz aus. Im Sinne einer „Aktionsforschung“ sollen Kooperationsprozesse als „Reallabore“ in Echtzeit beforscht und zugleich unterstützend begleitet werden. In den Politikfeldern Wohnen, Migration und Umwelt sind Fallbeispiele ausgewählt worden, in denen zivilgesellschaftliche Akteure und öffentliche Verwaltungen bereits kooperieren. Für jede Fallstudie wird jeweils ein Partner aus Zivilgesellschaft und Verwaltung in die Konzeptionierung und Durchführung des Projektes einbezogen.

Ziel der Zusammenarbeit zwischen Projektverantwortlichen und Praxispartnern ist die Unterstützung und wissenschaftliche Begleitung bereits laufender Kooperationen, um über die bestehenden Prozesse hinaus Bedingungen zu schaffen, die eine Reflexion sich verändernder Teilhabe- und Gemeinwohlverständnisse sowie über den Aushandlungsprozess selbst ermöglichen. Dadurch sollen einerseits die Praxispartner in ihrer Kooperation gestärkt und andererseits strukturelle Merkmale von Kooperationsprozessen und deren Hindernissen erkannt werden, aus denen sich wissenschaftliche Handlungsempfehlungen auch über die

Einzelfälle hinaus ableiten lassen. Die Begleitung der Kooperation zwischen den Praxispartnern läuft zeitlich parallel zur wissenschaftlichen Betrachtung der Aushandlungsprozesse und der Bearbeitung der Forschungsfragen.

Der komparative Ansatz des Projektes ist auf zwei Ebenen angelegt. Zum einem in einem Vergleich zwischen drei Politikfeldern: Wohnen, Migration und Umwelt. In den einzelnen Themenfeldern deuten spezifische Leistungen der Daseinsvorsorge auf unterschiedliche Auslegungen von Teilhabe, die sich im Wohlfahrtsstaat historisch entwickelten.

Das Verständnis von Teilhabe in der Wohnraumversorgung hat bspw. ihre Ursprünge im genossenschaftlichen Wohnungsbau und im daran anknüpfenden staatlich regulierten Sozialwohnungsbau (Schönig/Vollmer 2018). In der aktuellen Krise der Wohnraumversorgung (Calbet 2018) ist in Berlin eine lebhafte Mietenbewegung entstanden (Vollmer 2019), aus der heraus zivilgesellschaftliche Initiativen neue Teilhabeansprüche formulieren (zum Beispiel den Schutz vor Verdrängung durch eine Deckelung der Mieten, eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und stärkere Mitbestimmungsrechte in den landeseigenen Wohnungsunternehmen) und tlw. kooperativ mit Stadtverwaltungen umsetzen (vgl. vhw 2018, Hamann/Vollmer 2019). Als Fallbeispiel dieses Politikfelds fungiert der Kooperationsprozess zwischen dem Vernetzungstreffen Rathausblock, dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Seit über einem Jahr kooperieren die zivilgesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteure zur Entwicklung eines Neubaugebietes auf dem sogenannten Dragonerareal in Kreuzberg und verhandeln dabei Fragen der Ausgestaltung der sozialen Wohnraumversorgung.

Im Politikfeld der Migration werden Teilhabeformen insb. auf der (supra-)nationalen Ebene gesetzlich geregelt (und begrenzt), selbst Integrationspolitiken sind erst seit wenigen Jahren ein explizites Feld lokaler Politik (Gestring 2014). Unter dem Stichwort *urban citizenship* wird dagegen – unabhängig von der Staatsbürgerschaft – um gesellschaftliche Teilhabe und Zugang zu Ressourcen auf lokaler Ebene gerungen (Schilliger 2018, Hess/Lebuhn 2014). In Berlin haben sich im Zuge des ‚Sommer der Migration‘ vermehrt zivilgesellschaftliche Initiativen gegründet (Hamann/Karakayali 2016, Beck 2016). MediNetz Jena e.V. versucht Teilhabebedingungen wie medizinische Versorgung oder Bildung auf bisher vom Wohlfahrtsstaat nicht berücksichtigte Gruppen auszuweiten und kooperierte dabei mit dem Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF). Ihre Kooperation zielt darauf, allen in Thüringen lebenden Menschen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen.

Im Bereich der Umweltgerechtigkeit überlappen sich Themen, die Bestandteil der Umweltpolitik sind, aber kaum von der Perspektive gesellschaftlicher Teilhabe aus betrachtet werden, mit Themen der Sozial- und Gesundheitspolitik, die feste Größen im Bereich der Daseins-

vorsorge sind. Aus diesen Schnittstellen ergeben sich neue Teilhabeansprüche. Zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit Umweltpolitik befassen, stellen ihre Forderungen oft auf globaler Ebene. Seit den 1990er Jahren ist aber auch bei der Umweltbewegung eine Hinwendung zur lokalen Ebene festzustellen (Heinelt/Mühlich 2000), wobei die räumliche Kontextualisierung ökologischer Forderungen eine Herausforderung darstellt (Rink/Hartmuth/Huber 2005). Der Ernährungsrat Berlin hat zum Ziel, das Ernährungssystem der Region nachhaltig und gerecht zu verändern und befindet sich dazu in einem Aushandlungsprozess mit verschiedenen Teilen der Berliner Regierung, die sich 2015 mit der Unterzeichnung des „Milan Urban Food Policy Pact“ zu ähnlichen Zielen verpflichtet hat. Zwischen dem Ernährungsrat und Verwaltungen auf Bezirks- und Senatsebene in Berlin bestehen verschiedene Kooperationen mit diesem Ziel. Im Projekt kooperieren der Ernährungsrat mit der Koordinierungsstelle für bezirkliche Entwicklungspolitik des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin.

Die zivilgesellschaftlichen Akteure der drei Fallstudien sollen jeweils im Feld wohnungspolitischer, migrationspolitischer bzw. umweltpolitischer sozialer Bewegungen und ihrer Entwicklung während des Untersuchungszeitraums verortet werden, um der Frage nachzugehen, welche Position sie darin einnehmen. Damit werden über die einzelnen Fallstudien hinaus aktuelle Konflikte und Forderungen – z. Bsp. das Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungsunternehmen oder die Fridays for Future-Proteste – im Forschungsprojekt berücksichtigt.

Die Betrachtung der Fallstudien in drei verschiedenen Politikfeldern erlaubt einen feldübergreifenden Vergleich. Teilhabeforderungen, Aushandlungsprozesse und Governancekonstellationen unterscheiden sich – so die These – je nach Politikfeld, bedingt durch thematische Spezifik, tradierte Aushandlungsmuster und Art der Institutionalisierung der Teilhabeproduktion. Der komparative Ansatz ermöglicht diesen Unterschieden nachzugehen und gleichzeitig Parallelen zu identifizieren, die auf die Etablierung eines feldunabhängigen neuen Steuerungsmodells verweisen.

Die zweite Ebene des Vergleiches ist zwischen den Städten Berlin und Barcelona angelegt, wobei Berlin im Fokus der Untersuchung steht und Barcelona als Referenzstadt herangezogen wird. In Berlin strebt die rot-rot-grüne Koalition eine neue Beteiligungskultur an, die ein Gegenüber in sozialen Bewegungen findet, welche in unterschiedlichen Politikfeldern neue Ansprüche an gesellschaftliche Teilhabe stellen. In Barcelona existiert seit dem Übergang zur Demokratie eine besonders engagierte Zivilgesellschaft (Calbet 2008: 33ff). Seit 2015 regiert in der Stadt eine aus sozialen Bewegungen hervorgegangene Partei, die unter dem Namen „en comú“ für sich beansprucht, neue Formen von Teilhabe zu formulieren (Vollmer 2017). Dafür hat sie in den drei zu untersuchenden Politikfeldern Kooperationen mit

zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich des Gemeinwesens institutionalisiert. Zum Thema Umweltgerechtigkeit erarbeitete die Gemeinde mit Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen wie *Revista Soberanía Alimentaria, Biodiversidad y Culturas* eine Ernährungsstrategie (*Política alimentària urbana de Barcelona*)¹, die auf der von sozialen Bewegungen in Zaragoza formulierte *Carta per una sobirania alimentària des dels nostres municipis* (2014) basiert. Das Politikfeld Wohnen steht, durch die Rolle der Bürgermeisterin als ehemaligen Vorsitzender der *Plataforma de Afectados por la Hipoteca*, im Fokus der neuen Teilhabeverprechen der aktuellen Kommunalregierung. Beispiel dafür ist die Förderung von Wohnkooperativen.² Zugleich entstehen neue zivilgesellschaftliche Akteure wie etwa eine Mietergewerkschaft.³ Im Bereich Migration ist ein wichtiges Aushandlungsfeld der Umgang mit Straßenhändlern, die sich in der *Sindicato Popular de Vendedores Ambulantes* organisiert haben und die sich für die Teilhaberechte illegalisierter Migrant_innen einsetzen.⁴

Sowohl für die wissenschaftliche Analyse als auch für den Erkenntnisgewinn der Praxispartner ist die Auseinandersetzung mit anderen Beispielen unumgänglich. Die Gegenüberstellung mit Barcelona, einer Stadt, in der Kooperationsprozesse zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Gruppen in den letzten Jahren zum Markenzeichen kommunaler Politik wurden und die dafür internationaler Beachtung fand, bietet dafür ideale Voraussetzungen, zumal die Projektverantwortlichen besondere Kontakte und Vorkenntnisse besitzen. Ziel des Städtevergleichs ist es auf wissenschaftlicher Ebene stadtspezifische Kontextfaktoren besser erkennen zu können. Barcelona hat nicht nur als Stadt eine andere Tradition der Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, sondern befindet sich auch in einem anderen Wohlfahrtsregime, dem südeuropäischen Modell, in dem die Familie und informelle Ökonomien eine wichtige Rolle in der Teilhabeproduktion spielen (Leibfried 1992, Lessenich 1995). Der Vergleich mit Berlin verspricht also vertiefte Einsichten, inwiefern das sich abzeichnende Governancemuster eine Pfadabhängigkeit vom deutschen korporatistischen Modell der Daseinsvorsorge aufweist. Für die Praxispartner verspricht der Austausch einen konkreten Nutzen in Form von Wissenstransfer, sowohl bezüglich des erweiterten Verständnisses von Teilhabe als auch bezüglich der institutionalisierten Kooperationsformen, deren Kennenlernen die Kooperationsprozesse in Berlin befördern soll. Das Spiegeln der eigenen Praxis durch den Vergleich mit anderen Kooperationsprozessen, soll den Reflexionsprozess befördern. Unterstützt wird der Städtevergleich zudem durch das Departament de Sociologia der Universität de Barcelona, vertreten durch Dr. Marc Pradel.

¹ <https://ajuntament.barcelona.cat/economia-social-solidaria/ca/alimentacio-sostenible-proximitat#submenu>

² <https://habitatge.barcelona/ca/estrategia/dret-habitatge>

³ <https://sindicatdellogateres.org/>

⁴ <http://manteros.org>

Literatur

- Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Frankfurt/Main: Campus.
- Beck, Sebastian (2016): Die Flüchtlingskrise als Renaissance der Bürgergesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29/4.
- Butterwegge, Christoph (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen: Leske und Budrich.
- Calbet, Laura (2008): Barcelona. Internationaler Schauplatz des postindustriellen Stadtumbaus. In: Harald Bodenschatz / Ulrike Laible (Hg.): *Großstädte von morgen. Internationale Strategien des Stadtumbaus*. Berlin: Verlagshaus Braun, 24-43.
- Calbet, Laura (2018): Financialised rent gaps and the public interest in Berlin's housing crisis. Reflections on Neil Smith's 'generalised gentrification'. In: Abel Albet / Núria Benach (Hg.): *Gentrification as a Global Strategy. Neil Smith and Beyond*. Oxford/New York: Routledge, 165-176.
- Demirović, Alex (2011): Governance – eine neue Stufe staatlicher Herrschaft. In: Alex Demirović / Heike Walk (Hg.), *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 73–105.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Gestring, Norbert (2014): Widersprüche und Ambivalenzen kommunaler Integrationskonzepte. In: Paul Gans (Hg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Forschungsberichte der ARL* 3, 311-326.
- Hamann, Ulrike / Karakayali, Serhat (2016): Practicing Willkommenskultur. Migration and Solidarity in Germany. In: *Intersections* 2/4, 69–86.
- Hamann, Ulrike / Vollmer, Lisa (i.E.): Mieter*innenproteste in der postmigrantischen Stadt. Verhandlung von gesellschaftlicher Teilhabe in der mietenpolitischen Bewegung Berlins. In: *Forschungsjournal soziale Bewegungen*, Heft 3/2019.
- Heinelt, Hubert / Mühlich, Eberhard (Hg.) (2000): *Lokale "Agenda 21"-Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hess, Sabine / Lebuhn, Henrik (2014): Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2/3, 11-34.
- Hildebrandt, Reinhard (2015): *Zivilgesellschaft im Widerstreit. Konkurrenz zwischen Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft in der Realisierung gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls*. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Isensee, Josef (2006): *Gemeinwohl im Verfassungsstaat*. In: Peter Axer / Josef Isensee / Paul Kirchhof (Hg.), *Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland*. Band IV. Heidelberg: Müller Verlag, 3-80.
- Jessop, Bob (2011): Regieren + Governance im Schatten der Hierarchie: Der integrale Staat und die Herausforderungen der Metagovernance. In: Alex Demirović / Heike Walk (Hg.), *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 43–72.
- Kronauer, Martin (2010): *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Leibfried, Stephan (1992): Towards a European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community. In: Ferge, Z. / Kolberg, J. (Hg.): *Social Policy in a Changing Europe*. Campus: Frankfurt/Main, S.245-279.
- Lessenich, Stephan (1995): *Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien : eine exemplarische Analyse postautoritären Wandels (1995)*, Opladen : Leske + Budrich
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Lessenich, Stephan / Ostner, Ilona (Hg.) (1998): *Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive*. Campus: Frankfurt/Main.
- Mayntz, Renate (1992): *Interessenverbände und Gemeinwohl. Die Verbandsstudie der Bertelsmann Stiftung*. In: Renate Mayntz (Hg.), *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 11–35.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Rink, Dieter / Hartmuth, Gerhard / Huber, Katja (Hg.) (2005): *Raum für Nachhaltigkeit. Zur Kontextualisierung des Leibbilds*. Berlin: Nomos.
- Schilliger, Sarah (2018): *Urban Citizenship. Teilhabe für alle - da, wo wir leben*. In: Heidrun Aigner / Sarah Kumnig (Hg.), *Stadt für alle. Analysen und Aneignungen*. Wien: Mandelbaum, 14–35.

Schönig, Barbara / Vollmer, Lisa (2018): Wohnungsnot gestern und heute. In: Informationen zur Raumentwicklung 4, 6–19.

Schuppert, Gunnar Folke (2002): Gemeinwohldefinition im kooperativen Staat. In: Herfried Münkler / Karsten Fischer (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn im Recht. Berlin: Akademie Verlag, 67–98.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

vhw. Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (2018): Stadtmacherinnen und Stadtmacher. Eine Positionsbestimmung. https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/06_forschung/Stadtmacher/PDF/Stadtmacher_Positionspapier_21_Februar_2018.pdf.

Vollmer, Lisa (2017): Keine Angst vor Alternativen. Ein neuer Munizipalismus. über den Kongress „FearlessCities“, Barcelona 10./11. Juni 2017. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 5/3, 147–156.

Vollmer, Lisa (2019): Mieter_innenbewegungen in Berlin und New York. Die Formierung politischer Kollektivität. Wiesbaden: Springer.

Zimmer, Annette (2019): Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland: Tradition und Wandel der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. In: Freise Matthias, Zimmer Annette (Hg.) Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel. Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer, 23-54.